



**3** LATEINAMERIKA: VOM FUNKEN ZUM STEPPENBRAND  
*International*

**6** JUST ANOTHER SHIT WITH A WALL...  
*Thüringen*

**8** FASCHISTISCHER TERROR IN NEUKÖLLN  
*Berlin*

**10** STADTTEILAUFWERTUNG IN BILLSTEDT  
*Hamburg*

**12** SPALTUNG UND SCHIKANE IM CALL-CENTER  
*Bremen*

**14** JUGEND OHNE VERTRAUEN  
*BRD*

**16** DAS GESCHÄFT MIT UNS FRAUEN  
*Frauen*

**18** KRIEGSPROPAGANDA IN "COOL"  
*Kultur*



# EDITORIAL

---

Liebe Leserinnen und Leser,

bereits im Editorial der letzten Ausgabe haben wir unter anderem auf die Kämpfe, die sich schon zu dem Zeitpunkt in Lateinamerika entwickelten, hingewiesen. Allerdings hatten wir bei Redaktionsschluss noch keine Ahnung, wie sich dieser Funke innerhalb kürzester Zeit zu einem Flächenbrand über den ganzen Kontinent ausbreiten würde. Da die Kämpfe so massiv waren, dass sie sogar in der deutschen bürgerlichen Presse eine große Beachtung fanden, wurde es für uns noch notwendiger als schon vorher, über die Rebellionen der Massen zu berichten, allerdings aus der Perspektive der Arbeiterklasse und der Völker der Welt. Darum widmen wir dem Thema den ersten Artikel dieser Ausgabe der RoPo. Der Vorsitzende Mao sagte, dass wir uns in der Periode befinden, in der der Imperialismus endgültig vom Angesicht der Erde gefegt wird. Die Völker Lateinamerikas haben wieder einmal gezeigt, dass diese Aussage eine materielle Wirklichkeit widerspiegelt.

In der BRD hat kürzlich eine Studie die „Ängste“ der Jugendlichen untersucht. Was sich dabei vor allem gezeigt hat, ist, dass die Jugend mehr und mehr das Vertrauen in den bürgerlichen Staat verliert. Dieser Vertrauensverlust ereignet sich in einer Situation, wo das parlamentarische System in einer tiefen Krise steckt. In dieser Krise benutzen die Herrschenden zunächst die sogenannten Populisten – in der BRD vor allem die „Rechtspopulisten“ – um die Massen wieder in das System einzubinden. Jetzt, wo diese offenbart haben, dass ihre „anti-System“-Haltung nichts anderes ist als Schall und Rauch, setzen die Herrschenden auf eine neue Karte, die „grüne Karte“. Die FFF-Bewegung soll Jugendliche unter der Führung der grünen Partei an die Wahlurnen bringen. Das ist etwas, was die Revolutionäre in

diesem Land nicht vergessen dürfen. Alle Ideen haben einen Klassencharakter und so eben auch die sogenannte „Klimabewegung“.

Die proletarischen Revolutionäre hierzulande und auf der ganzen Welt müssen an ihren Prinzipien festhalten und sich nicht von irgendwelchen Modetrends ablenken lassen. Darum haben wir in dieser Ausgabe offene und kritische Worte für die „Klimabewegung“ gewählt.

Eure RoPo-Redaktion

---

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

**Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

**LATEINAMERIKA: AUS EINEM FUNKEN WIRD EIN STEPPENBRAND**

In Lateinamerika ist in den letzten Wochen ein regelrechtes Feuer entfacht worden. Fast schon egal in welches Land man schaut, überall entwickeln die Völker den Kampf gegen den Staat und den Imperialismus. Ecuador, Chile, Kolumbien, Bolivien, Brasilien, Peru - überall kämpfen die Massen. Doch diese Kämpfe, dieses entbrannte Feuer, hat sich natürlich nicht von allein entzündet. Denn all das ist Ausdruck von sich immer weiter zuspitzenden Widersprüchen, sowohl in den Ländern Lateinamerikas, als auch überall auf der Welt. Es sind Maßnahmen der Regierungen, die dem Volk, den armen Bauern, der indigenen Bevölkerung und den tiefsten und breitesten Massen in den Städten schaden und ihr Leben noch schwerer machen, als es sowieso schon ist. Es sind Dinge, die auf den ersten Blick vielleicht wie Kleinigkeiten aussehen mögen, die nun aber das Fass zum Überlaufen gebracht haben. Die Proteste richten sich nicht einfach gegen die Maßnahmen, die durchgesetzt wurden. Sie richten sich gegen jahrhundertelange Ausbeutung und Unterdrückung der lateinamerikanischen Völker durch den Imperialismus.

Doch wollen wir uns etwas konkreter mit den einzelnen Ländern Lateinamerikas bzw. den Vorfällen dort befassen. Die wohl größten und intensivsten Proteste gab bisher es in Ecuador und Chile. In Ecuador begannen die Proteste etwa Anfang Oktober. Diese folgten der Kürzung der Subventionierung von Diesel und Benzin. Das hatte einen enormen Preisanstieg zur Folge. Von den einen auf den anderen Tag kostete der Diesel auf einmal das Doppelte. So stiegen auch die Transportkosten

stark an und folglich auch der Preis für etliche Waren, die man täglich so braucht. So begann, wie gesagt, eine enorme Protestwelle - die stärkste seit langem. Nach nur wenigen Tagen rief die Regierung den Ausnahmezustand aus und ließ somit etwa 25.000 Soldaten auf das ecuadorianische Volk los. Darüber hinaus wurden Versammlungsverbote in den Städten verhängt. Und wieder nur wenige Tage später nahm die Regierung um Präsident Lenin Morales die Maßnahmen zurück. Doch weder von der Repression, wie dem Ausrufen des Ausnahmezustandes, noch von den Beschwichtigungsversuchen der Regierung ließ sich das Volk einschüchtern oder bestechen. Auch die revisionistischen und opportunistischen Kräfte, die unsere Klassen und die Völker der Welt in der Geschichte immer und immer wieder verraten haben, wollten auf den Zug aufspringen und die Situation für sich nutzen. Sie forderten einen Stopp der Proteste und setzten Dialog und Verhandlungen mit dem alten Staat auf ihre Tagesordnung. Doch auch die Heuchelei dieser Verräter ließ die Massen kalt und hielt sie nicht von ihren Kämpfen ab. Ganz im Gegenteil, denn die Proteste gingen weiter. In der Hauptstadt Quito gingen bis zu 100.000 Menschen auf die Straßen. Und die Aktionen, die im Zuge der Proteste durchgeführt wurden, hatten eine enorme Qualität und Wirkung. Denn neben den Straßenschlachten mit der Polizei und auch mit der Armee, bei denen etliche reaktionäre Kräfte verletzt wurden, gab es auch andere Aktionen. In Ecuador wurde ein Generalstreik durchgeführt, es wurden 12 Prozent der Erdölanlagen des Landes besetzt und Indigene konnten 47 Soldaten des alten ecuadorianischen Staates inhaftieren. Doch auch das Vorgehen



*Brennende Barrikaden in Santiago de Chile*

# INTERNATIONAL

---

der Streitkräfte des Staates ist sehr extrem. Es wurden mehrere hunderte Menschen festgenommen, ebenso mehrere Hunderte verletzt - und Tote hat es auch schon gegeben.

In Chile ist die Situation ähnlich intensiv. Hier war der Auslöser für die gerechtfertigte Rebellion des Volkes die Erhöhung der Fahrkartenpreise im Nahverkehr. Auch in Chile wurde, zum ersten Mal seit 1990, der Ausnahmezustand von der Regierung ausgerufen, was den Einsatz von 9.000 Soldaten mit sich brachte. Eine Ausgangssperre wurde ausgesprochen, und auch hier wird von den schwersten Ausschreitungen seit langem gesprochen. Die Regierung nahm die Preiserhöhung der Fahrkarten schnell zurück, wodurch sich jedoch auch das chilenische Volk nicht bestechen ließ. Und auch Revisionisten und Opportunisten fanden mit ihrem Reformismus und ihren Befriedigungsversuchen keinen Anklang beim chilenischen Volk. Ihre Maßnahmen brachten nichts. Die Kämpfe, vor allem in den großen Städten, gingen weiter. In der Hauptstadt Santiago stand das U-Bahn-Netz über mehrere Tage komplett still, insgesamt wurden 41 Stationen in Brand gesetzt. Außerdem brannten etliche Busse und auch Autos. Durch die Medien auf der ganzen Welt ging das Bild von einer völlig ausgebrannten U-Bahn, die von den Massen in einer Station in Santiago angezündet wurde. Doch auch hier muss die brutale reaktionäre Gewalt der Bullen und Armeekräfte erwähnt sein. Denn unter anderem werden Wasserwerfer, chemische Kampfstoffe und auch Gummigeschosse eingesetzt. Als die Proteste etwas mehr als eine Woche liefen, kam bereits die Meldung über 18 tote Demonstranten.



*Straßenkämpfe in Quito (Ecuador)*

Ebenso wie in Chile und Ecuador geht es, wie schon gesagt, in Bolivien zur Sache. Auch hier wird bereits seit Wochen protestiert. Denn zur sowieso schon miserablen Lage des bolivianischen Volkes kam auch hier eine Erhöhung der Treibstoffpreise hinzu. Außerdem standen die Präsidentschaftswahlen an. Der amtierende Präsident Morales, der sich selbst als Sozialisten bezeichnet und so auch in den bürgerlichen Medien genannt wird, wurde zunächst wieder zum Wahlsieger. Und das, obwohl es ihm eigentlich gesetzlich verboten war, überhaupt nochmal wieder zur Präsidentschaftswahl anzutreten. Denn Morales hat bereits drei Amtszeiten hinter sich und eine vierte ist laut bolivianischem Recht nicht vorgesehen und ausdrücklich verboten. Wie sich zeigte, interessierte das Morales aber herzlich wenig. Morales selbst erklärte sich ganze zwei Mal, bevor alle Stimmen ausgezählt waren, zum Sieger der Wahl, was zu weiterem Misstrauen im Volk führte. Ihm wurde anschließend von verschiedenen Kräften, aber eben auch von den Volksmassen der Wahlbetrug vorgeworfen. Auch wenn es Morales gelang, Teile des Volkes zu gewinnen, ist ihm das bei den größten Teilen des Volkes nicht gelungen. Vielmehr hat er eine Spaltung des bolivianischen Volkes bewirkt. Denn auch Ausschreitungen zwischen Morales' Anhängern und Gegnern waren keine Seltenheit. Doch die Proteste, die vor mehreren Wochen begannen, erfuhren durch die Präsidentschaftswahlen einen neuen großen Aufschwung. Denn die Massen protestierten nun auch gegen die betrügerische Regierung und gegen die bürgerlichen Wahlen an sich. Sie griffen Wahllokale und auch die Wahlbehörde an, was die Verurteilung der bürgerlichen Wahlen ganz offen zeigt. Am 10. November dann gab Morales dann seinen Rücktritt bekannt, was bei großen Teilen des Volkes für große Freude sorgte. Nun stehen Neuwahlen an und es gibt Spekulationen darüber, dass Morales wieder antreten wird. Doch die Situation ist weiter unklar und vor allem der weitere Verlauf der Proteste, gerade auch in Bezug auf die jetzt anstehenden Neuwahlen, ist zunächst unklar. Doch grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Proteste bisher sehr stark waren. In allen großen Städten des Landes gab es Meldungen über Ausschreitungen, und in der Region Santa Cruz wurde der Generalstreik ausgerufen. Und mit Bolivien ist es wie gesagt noch nicht vorbei.



Auch in Kolumbien nehmen Proteste des Volkes ihren Lauf. Hier sind in der Hauptsache Studenten diejenigen, die sich an den Protesten beteiligen. Aber auch Lehrer, die in Lateinamerika eine deutlich niedrigere Stellung haben als hier in der BRD, und Arbeiter sind beteiligt. Die Proteste fingen ebenso vor einigen Wochen an, als ein neuer Korruptionsskandal in Bezug auf den Missbrauch von öffentlichen Geldern ans Licht kam. Großes Thema der Proteste waren auch die Regionalwahlen, die am 27. Oktober stattgefunden haben. Im Vorfeld dieser Wahlen wurde auf Protesten immer wieder Wahlpropaganda zerstört. So z.B. auch in der 2,5-Millionen-Metropole Medellín, in der die Proteste ihren stärksten Ausdruck fanden. Hier wurden immer wieder Wahlplakate zerstört oder mit Parolen, die sich gegen die Wahl richteten, übermalt, Wahlbanner abgehängt und zum Ende einer Demonstration wurde gesammelte Wahlpropaganda auf einem großen Haufen verbrannt. Hinzu kamen noch Proteste gegen die Vertreibung von landlosen Bauern am 17. Oktober. Denn bei der Vertreibung von Bauern durch den reaktionären Staat kam es zu 27 Festnahmen von Bauern, von denen sechs seit mittlerweile mehreren Monaten im Gefängnis sitzen. An den Protesten beteiligten sich auch Studenten, Arbeiter und Lehrer. Die Polizei griff die Proteste an und nahm mehrere Personen fest.

Was an dieser Stelle auf keinen Fall unbeleuchtet bleiben darf, ist die Rolle des Yankee-Imperialismus. Denn Lateinamerika wird häufig spöttisch als „Hinterhof der USA“ bezeichnet. Die USA haben eine absolute Dominanz gegenüber anderen Imperialisten und haben die Länder Lateinamerikas vollkommen unterworfen. Die Regime die in Lateinamerika an der Macht sind, sind alles andere als unabhängige

Regierungen, wie uns immer wieder verkauft wird. Sie sind nichts anderes als Marionetten und Lakaien der Yankees. Keineswegs ist es unser Ziel die Regime in Schutz zu nehmen, doch klar muss sein: der größte Feind der Völker der Welt ist die USA.

Dieser Artikel ließe sich noch lange weiterführen und sicher könnten wir eine ganze Ausgabe unserer Zeitung allein mit den Vorkommnissen in Lateinamerika im Jahre 2019 füllen. Auch wenn das alles nicht so präsent war in den deutschen bürgerlichen Medien, ist die große Bedeutung, auch international, nicht zu leugnen. Und wie eingangs schon erwähnt, auch in anderen Ländern Lateinamerikas spitzen sich die Widersprüche weiter zu, sodass die Massen auf die Straßen strömen und kämpfen. So eben auch in Brasilien, wo sowohl die armen und landlosen Bauern, die indigene Bevölkerung und die Massen in den Städten kämpfen. Und das wurde durch Bolsonaro, der unter völliger Fuchtel des Yankee-Imperialismus steht und die Ausbeutung der brasilianischen Volksmassen noch viel intensiver vorantreibt als seine Vorgänger, nur weiter verstärkt. Das sorgte nicht selten für hunderttausende, manchmal über eine Million Demonstranten auf den Straßen des größten lateinamerikanischen Landes. Doch eben auch in Peru, wo sich die Revolutionäre und Kommunisten weiter und weiter zurück zu alter Stärke entwickeln, schreitet der Kampf voran. Und genau diese Entwicklung der Kommunisten muss überall stattfinden. Denn die revolutionäre Situation in ganz Lateinamerika ist, wenn auch ungleichmäßig, stark entwickelt. Die Massen kämpfen und sind, wie die Intensität der Kämpfe zeigt, sogar bereit ihr Leben zu geben. Ihnen bleibt de facto auch keine andere Wahl mehr. Doch was sie brauchen, ist Führung durch die Kommunistischen Parteien der jeweiligen Länder. Sowohl in Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Chile, Brasilien - in jedem Land. Dazu muss angemerkt sein, dass es in vielen Ländern Lateinamerikas schon kommunistische Parteien und Organisationen gibt. Diese kämpfen Seite an Seite mit dem Volk, widmen ihre Arbeit und ihr Leben den Massen und sind eins mit dem Volk. Sie beweisen den Massen, dass sie diejenigen sind, die den Kampf führen können. Und sie sind diejenigen, die die Massen zum Sieg in ihren Kämpfen führen werden. •



Brennende U-Bahn in Santiago de Chile

# THÜRINGEN

---

## JUST ANOTHER SHIT WITH A WALL...

Vor 30 Jahren fiel die Berliner Mauer. Dieses Ereignis läutete das Ende von zwei parallel existierenden deutschen Staaten ein, was in der Annexion der DDR durch die BRD gipfelte. Seither übertreffen sich sämtliche politische Lager dabei, wer die DDR mehr verabscheut und wer sie am wenigsten wieder haben will. Kevin Kühnert von der SPD denkt nur kurz an etwas anderes als den Kapitalismus, und sämtliches Geschmeiß übertrifft sich mit Horrorszenarien. Allen voran natürlich das Kampfblatt des Antikommunismus, die BILD, die Kevin direkt vorwirft, die zahllosen Opfer der Mauer zu vergessen. Deutschland und der Kapitalismus seien alternativlos! In Thüringen wird zwar durchschnittlich 900€ weniger als im Rest der Republik verdient, aber wenigstens kann man sich theoretisch den Ort aussuchen, an dem man seine Arbeitskraft für nen Appel und 'n Ei verscherbelt. Und reisen kann man auch überall hin. Natürlich unter der Voraussetzung, man kann es sich leisten. Und reisen heißt hier natürlich ausreisen. Wenn Menschen vor Krieg, Umweltzerstörung oder Armut fliehen und einreisen wollen, müssen sie erst mal ihre Brauchbarkeit für den deutschen Standort unter Beweis stellen.

Um uns wieder an unser großes Glück zu erinnern, hier zu leben, wurde in Weimar - zusätzlich zu dem vor Weimars größten Konsumtempel, dem Atrium, stehenden - ein weiteres Versatzstück der Berliner Mauer vor dem Goethe-Schiller-Denkmal aufgebaut. Dazu später mehr. Die Mauer passt zum Atrium. Wenn man dann bei Aldi einkauft, guckt man sich die Mauer an, und schon ist es nicht mehr so fies, dass es heute wieder nur für den besonders billigen Käse reicht. Aber dann denkt man sich, dass es an der BRD ja nicht liegen kann. Schließlich ist ja genug da, dass man kaufen könnte. Wenn man sich da an die DDR erinnert, wo man mit Alufolie handeln konnte wie mit Rohdiamanten, sieht es heute zumindest besser

aus. Die Frage wann man sich allerdings das letzte mal eine Jacke gekauft hat, die nicht vom Wühltisch kam, ist da aus dem Sinn.

Im Rahmen der vom Bündnis gegen Rechts organisierten „Plätze der Demokratie“ schmückt sich die ehemalige GAU-Hauptstadt wieder mit der Erinnerung an die Vergangenheit. Dass durch Weimar seit der Eiszeit keine Grenze mehr verlief, stört da nicht weiter. Neueste Errungenschaft hier ist ein 3,20 m hohes und 20 m langes Kunstwerk, das an den Mauerfall vor 30 Jahren erinnern soll.

Zeitgleich wird vor der Stadtverwaltung, keine 400 Meter weiter, demonstriert. Weimar soll zum sicheren Hafen werden. „Sicherer Hafen“ für Flüchtlinge bedeutet natürlich wie immer nichts außer einer Bereitschaftserklärung, die man nie einlösen muss. Wie an anderer Stelle in dieser Zeitung bereits berichtet, ist in der Kulturstadt noch die Empörung über die Abschiebung eines Migranten kurz vor der Geburt seines Kindes sehr präsent. Seine Frau hatte dabei nahezu eine Fehlgeburt erlitten und leidet auch ansonsten unter der Belastung, als Alleinerziehende mit einem kleinen Baby auf sich allein gestellt zu sein. Doch der Kindesvater wird getrennt von seinem Kind. Mauern sind dafür oft nicht mehr nötig. Die juristische Mauer heißt „Dubliner Abkommen im Vertrag von Lissabon“ und bindet ihn an den Ort, an dem er als erstes europäischen Boden betreten hat.

Apropos. An anderen Wänden der Stadt, die sich als Ort des „West-Östlichen Divans“ auf Goethe und Hafis beruft, kann man viel über die Wut der Weimarer Jugend lesen. Von Solidarität zum kurdischen Volk, dem Hass auf die türkischen Faschisten, der Aufforderung, Nazis entschlossen entgegenzutreten, der Aufforderung kämpferischer Frauen, sich zu organisieren und dem Patriarchat die



Hammelbeine lang zuziehen, und vielem mehr. Ein ehemaliger Freiheitskämpfer hat seine Verfolgung durch das SED-Regime genutzt, um Bücher zu schreiben. „Macht aus dem Staat Gurkensalat“ spricht über eine Zeit, in der schon allein dieser alberne Satz Menschen in den Knast gebracht hat. Heute findet man das unerhört. Schaut die Mauer an und erinnert sich, dass es jetzt ja alles viel besser ist. Die genossenschaftlich organisierte, gemeinschaftliche Produktion von leckeren Gemüsekaltschalen zu fordern, trauen sich viele dann doch nicht. Komisch? Scheint doch eigentlich ein Zeichen von Demokratie zu sein, das in die Stadt schmieren zu dürfen?

Die Mauer steht auf einem Platz, auf dem seit vielen Jahren erbitterte Kämpfe gegen das Volk geführt werden. Denn bei weitem nicht jeder darf sich hier austoben. Organisiert man Montags das Aufstellen einer riesigen Mauer, werden Dienstags schon wieder die Skater vertrieben. Mittwochs hat das Kunstfest wieder die Stadt unter Kontrolle. Bunte Bänke, Lichter und hippe Dudes, die da fesch rumhängen. Donnerstag kehrt wieder Ruhe ein. Und was für die coolen Kids gestern noch Vintage war, ist für die jetzigen Besucher des Theaterplatzes nun mal die einzige Jacke, die sie noch haben, weil sie für ihren Lebensunterhalt Pfand sammeln müssen - so zum Beispiel Egon. Wehe, er beschwert sich mal zu laut darüber, dass er, nachdem sie das Weimarwerk nach der Wende platt gemacht haben, nie wieder einen Job gefunden hat. Da kommen die Schergen in Blau und nehmen ihn erst mal hopps. Egon stört nämlich. Bald kommt Weimars Elite zusammen mit den Touris, die zum ersten mal Faust gesehen haben, aus dem Theater. Nach so viel schönem stört Egon nur. Trinken in der Öffentlichkeit ist halt verboten. Außer man ist Teil des Kulturbürgertums und kann sich die überteuerten Getränke in den schicken Straßencafés leisten.

Aber jetzt ist da ja die Mauer und die verdeckt das Leid, dass sich Abends auf ein Bier vor dem neu eröffneten „Haus der Demokratie“ trifft. Und schon ist Freitag in Weimar und wer keinen Bock hat, auf dem Dorf von Faschos verdroschen zu werden, kommt nach Weimar, um hier ein paar schöne Stunden zu verbringen. Da guckt man sich die Mauer an und fragt sich, ob dieses Mahnmal der Demokratie jetzt die Aufklärungsinitiativen von „Mobit“ ersetzt, die durch fehlende Finanzierung oder durch die Aberkennung der Gemeinnützigkeit nicht mehr stattfinden. Samstag ist es dann soweit: Der 09. November. Die Mauer muss weg! Wer Lust hat, sich ein Andenken mitzunehmen, kann sich ein Stück der Mauer kaufen. Der Erlös soll armen Kindern zugute kommen, noch einer Errungenschaft der '89 erkämpften Demokratie.

Andere historische Ereignisse des 9. November werden geschickt verdrängt. Dass in der Nacht zum 10. November 1938 deutsche Faschisten auch in Weimar etliche vermeintlich jüdische Geschäfte und Menschen angegriffen haben und den Startschuss zur industriell geplanten und durchgeführten Massenvernichtung gaben, kann scheinbar vollkommen außer Acht gelassen werden, wenn man den Erfolg des deutschen Imperialismus feiert. Einzig eine Gedenkdemonstration von Antifaschisten wird die Feierlaune vollkommen zu Recht trüben. •

## FASCHISTISCHER TERROR IN NEUKÖLLN

Seit den faschistischen Morden in Halle überschlugen sich Politiker und Behörden mit Ankündigungen, härter gegen Rechtsextremismus ermitteln zu wollen. Faschistische Anschläge werden dabei von den Medien als ostdeutsches Phänomen ausgewiesen. Nazis in Neukölln passen da gar nicht ins Bild. Das mussten in den letzten Jahren auch die Opfer rechter Brandanschläge, Morddrohungen und Morden spüren. Die Verfolgung und Verhinderung faschistischen Terrors findet nicht nur nicht statt, sie wird von den sogenannten Sicherheitsbehörden sogar verhindert. Dagegen formiert sich die Bürgerinitiative BASTA, vor allem ältere Bürger aus Britz. Vor dem Berliner Landeskriminalamt (LKA) demonstrieren sie seit Mai 2019 jeden Donnerstag für die Aufklärung faschistischer Anschläge. Unterstützer halten dabei Schilder mit Aufschriften wie „Arbeiten LKA und Nazis zusammen?“. Der Verdacht kommt nicht von ungefähr, seit Jahren häufen sich faschistische Anschläge in Neukölln. Täter werden wegen angeblich fehlender Beweise laufen gelassen oder gar nicht erst ermittelt.

Seit Juni 2016 wurden im Bezirk Neukölln mindestens 15 Brandanschläge verübt. Das Auto eines Linksparteipolitikers wurde in der Nacht zum 1. Februar 2018 angezündet. Das Auto parkte vor der Gasleitung seines Elternhauses, durch Zufall wurde der Brand früh entdeckt. Dabei wurden die Täter schon seit Anfang 2017 vom Verfassungsschutz observiert, spätestens im September hörte auch das Berliner LKA mit. Die Bullen wussten, dass die Nazis seinen Wohnort ausgekundschaftet hatten. Die Täter wurden schließlich aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen. Auf das Haus einer antifaschistischen Sozialarbeiterin aus Britz gab es allein sieben Anschläge. Neben Graffiti wie „Deutschland erwache“ wurde ihr Haus auch mit Bitumen beworfen.

Der traurige Höhepunkt des faschistischen Terrors in Neukölln ist der Mord an Burak Bektaş vor dem Vivantes Klinikum. Er stand in einer Gruppe mit weiteren Migrantinnen, als sich ihnen ein Mann mit weißer Hautfarbe näherte und aus einer Pistole fünfmal auf sie schoss. Burak starb und zwei seiner Bekannten erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Zur Tat gab es sehr viele Hinweise aus dem Volk,

die polizeilichen Untersuchungen blieben bis heute aber angeblich ergebnislos. Das zu seinem Gedenken errichtete Denkmal wurde 2018 durch unbekannte Täter mit einer Chemikalie beschädigt. Drei Jahre nach dem Mord an Bektaş wird Luke Holland vor einem Neuköllner Club erschossen, weil er Englisch sprach. Hinweise auf den Täter Rolf Z. gingen schon 2013 im Fall Bektaş ein, offensichtlich folgenlos. In seiner Wohnung wurden Nazidevotionalien gefunden, die vor Gericht dann als „Sammlerzimmer“ verniedlicht wurden. Ein fremdenfeindliches Motiv wurde nicht festgestellt. Hollands Eltern klagten im Prozess immer wieder an, dass ihr Sohn noch leben würde, wenn der Mord an Bektaş ernsthaft ermittelt worden wäre.

Kritische Fragen hören die Bullen vom LKA gewohnheitsgemäß ungern. Laut vorbeikommender LKA-Beamter sollten sich die Demonstranten schämen. Außerdem habe sich ein uniformierter Beamter bei einer Demonstration am 20. Juni volksverhetzend geäußert und die Rolle des faschistischen NSU verharmlost. Der Berliner Innensenator sprach von Terrorismus und gesteht „Pannen“ ein. Betrachtet man die in den letzten Jahren aufgefliegenen Netzwerke aus Staatsschutz und bewaffneten Nazis, sind das wohl kaum Pannen, sondern ein System. NSU, Nordkreuz, Franco A., Oury Jalloh-Mörder, Verfassungsschützer oder Soldaten hatten überall ihre Finger mit drin oder waren selbst beteiligt. Keine Ermittlungserfolge in zehn Jahren sind auch für einen Ex-Bullen im Fernsehinterview „unerklärlich“. Eine kleine Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus ergab eine „12-seitige tabellarische Auflistung rechter Straftaten in Neukölln.“ Alleine für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 2. September 2019 wurden 80 Delikte aufgeführt. Während Nazis in und außerhalb von staatlichen Institutionen fest verknüpft sind und sich gegenseitig decken, kann eine antifaschistische Bewegung nicht einfach zugucken. Aber es kann auch nicht der Zweck sein, die andere Seite der bürgerlichen Herrschaft zu verteidigen – die parlamentarische Demokratie. Eine kämpferische und ernsthafte antifaschistische Bewegung muss den antifaschistischen Kampf immer in der Perspektive führen, den deutschen Imperialismus als Ganzes zu bekämpfen. •



## SIND SOZIALLEISTUNGEN DENN AUCH „SOZIAL“?

Man stelle sich vor, der Chef ruft die ganze Belegschaft zusammen und verkündet, dass jetzt einigen Arbeitern weniger bezahlt wird für ihre Arbeit, damit er mehr Gewinn hat. Und dass die restlichen Kollegen jetzt für diesen Verdienstaufschlag aufkommen müssen! Weil diese Arbeiter doch ansonsten zu wenig verdienen, um sich den Bus zur Arbeit, die Kinderbetreuung oder andere Ausgaben noch leisten zu können, damit sie überhaupt arbeiten können.

Wahrscheinlich würden Stühle fliegen. Und zwar zu Recht! Man würde sich solidarisch zusammenschließen und es nicht einsehen, dass man für den Gewinn des Chefs weniger Lohn bekommt oder mehr abgeben muss.

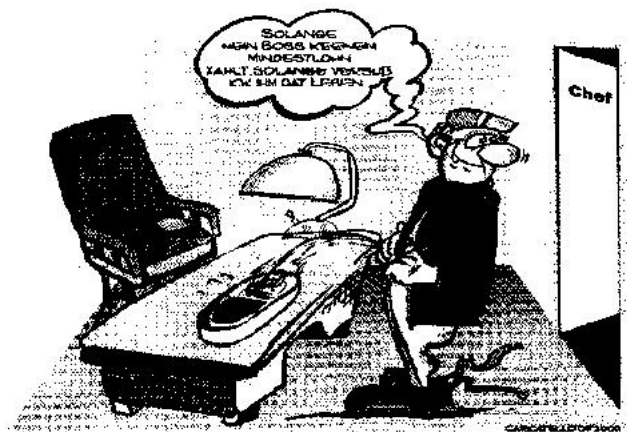
Und doch passiert genau das mit wenig Gegenwehr. Und nicht nur das, man schimpft dieses Vorgehen sogar noch „sozial“. Dass manche Arbeitgeber Gewinn machen, indem sie ihre Arbeiter und Arbeiterinnen schlecht bezahlen, wenig für die Erhaltung der Arbeitskraft zahlen und andere Kosten auf die Gemeinschaft der Arbeiterinnen und Arbeiter wälzen, wird noch den unterbezahlten, kranken oder in der Familie durch Erziehung und Pflege eingebundenen Menschen zugeschoben. Als faul, asozial, dumm und minderwertig betitelt, arbeitet man stark an dem Stigma des arbeitslosen Penner. Dass der Großteil der Menschen arbeitet, Kinder großzieht, wird abgetan. Durch Laiendarsteller und Reportagen einzelner Menschen in den Fernsehprogrammen und Medien werden solche Leute zum Hassbild der Nation. Zum personalisierten Bösen, das diese ganzen Kosten und Probleme in unserer Gesellschaft verursacht. Und der Druck, nicht auch zu diesem „Abschaum“ zu werden, baut sich auf. Dafür nimmt man die Schikane beim Jobcenter hin, die schlecht bezahlten und befristeten Jobs, die unfairen Bedingungen, Überstunden, Druck usw. Alles nur, um nicht einer von „denen“ zu sein. Um ein wenig Würde zu behalten und auch die der eigenen Kinder zu wahren.

Doch wen finanzieren wir wirklich? Wer macht Gewinne dadurch, dass wir die Arbeitskraft anderer Arbeiterinnen und Arbeiter, wie wir welche sind, finanzieren? Ich habe bisher noch keine Frau Merkel Straßen mit Teer aufschütten gesehen, keinen Herrn Scholz zwischen Windeln und Fläschchen einen Kindergarten schmeissen sehen, noch keinen Steinmeier in der Nachtschicht zwischen 50 pflegebedürftigen Menschen abwägen gesehen, welchen alten Menschen er zuerst auf Toilette hieven muss; oder sonst

jemanden von diesen Menschen Nahrung anbauen, Produkte fertigen oder Geld erwirtschaften sehen, welches sie so gönnerhaft verteilen, als hätten sie dafür gearbeitet wie wir alle. Wir, die wir wirklich Geld für diese Industrie und diesen Staat erwirtschaften. Ob mit oder ohne „soziale“ Extraleistungen. Und die Früchte unserer Arbeit werden dann verteilt, als gehörten sie nicht uns. Welcher Hohn!

Und dann wird uns beigebracht, wie wir uns gegenseitig zu hassen haben und wie dankbar wir dem Staat und der Industrie zu sein haben. Sie „geben“ uns so großmütig das Geld, das wir erwirtschaftet haben, und sie geben es uns nach ihren Regeln. Dafür müssen wir nur unsere Zeit und körperliche wie mentale Gesundheit für ihren Profit opfern. Aber die Menschen, welche dafür sorgen, dass Nahrung, Unterkunft, Gesundheit und Pflege überhaupt besteht, die sollen es sein, die vom Staat und der Industrie leben? Wer gibt hier bitteschön wem? Da fragt man sich, wer die wirklichen Schmarotzer sind!

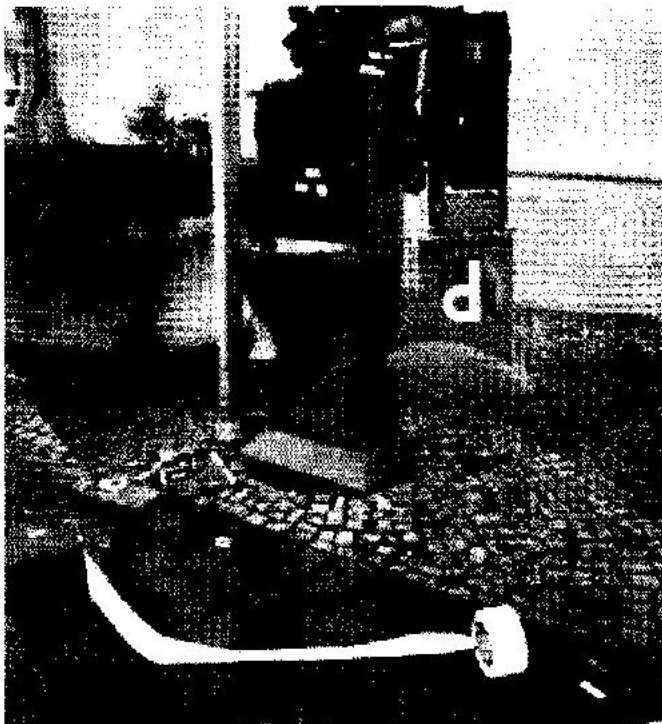
Und dann legitimiert sich der Staat noch dadurch, dass wir angeblich nur durch ihn sozial gesichert sind und macht uns Angst, nichts mehr zu haben ohne ihn und die Industrie, die er schützt und bevorteilt. Und dabei ist genau das Gegenteil der Fall. Ohne einen Staat der Bonzen, die den von erwirtschafteten Gewinn unter sich aufteilen und uns nur die Krümel hinwirft, hätten wir endlich den ganzen Kuchen, um ihn unter uns zu verteilen. Wir könnten eine Industrie und einen Staat aufbauen, der unter unserer Herrschaft und von uns, für uns gestaltet wird. Einzig und allein die Bourgeoisie würde die Heerscharen von Arbeiterinnen und Arbeitern verlieren, die Ihren Reichtum hart erarbeiten. •



Doch danach geht der Kampf noch weiter!

## STADTTEILAUFWERTUNG IN BILLSTEDT: WARUM DAS PARKEN JETZT PLÖTZLICH KOSTET!

Wie in vielen anderen Stadtteilen Hamburgs wird jetzt auch in dem Arbeiterviertel Billstedt die sogenannte „Parkraumbewirtschaftung“ eingeführt. Das Bezirksamt Hamburg-Mitte und der Landesvertrieb Verkehr (LBV) haben das Parkraumbewirtschaftungskonzept für das Billstedter Zentrum entwickelt. Es gibt zwei Bewohnerparkzonen mit Parkscheinplicht um das Einkaufszentrum und den Bahnhof herum, sowie eine parkscheibenpflichtige Bewohnerparkzone in einem anliegenden Wohngebiet. Die drei neuen Parkzonen sind direkt um das Zentrum Billstedts angeordnet. Es sollen also nicht nur die Besucher des Viertels in die Tasche greifen. Auch die Menschen, die im Stadtteil leben, sollen dafür bezahlen, ihr Auto in der Nähe ihres Wohnorts abzustellen. Die Gebühren belaufen sich auf 1€ pro Stunde für Parkscheine, bzw. 30€ im Jahr für einen Bewohnerparkausweis. Wo das kostenpflichtige Parken zunächst in eher touristischen Orten von der Stadt Hamburg durchgesetzt wurde (wie St.Pauli, Flughafen, Landungsbrücken), wird dieses nun auch auf die Viertel ausgeweitet, wo vor allem die tiefsten und breitesten Massen leben.



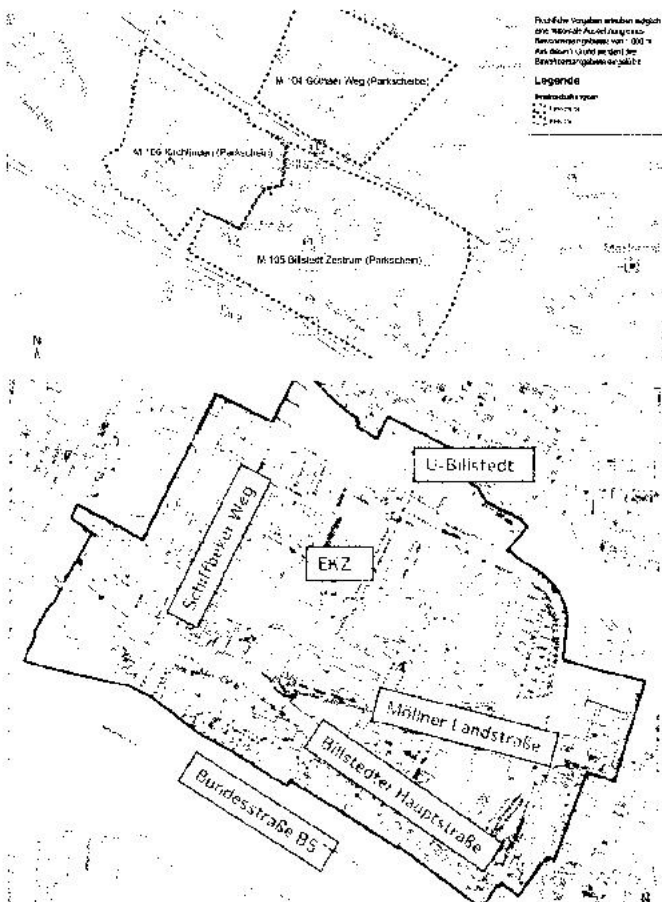
*Cerechtfertigter Hass*

Die Stadt Hamburg selbst erstellt jährliche Berichte über ihre sogenannten „Fördergebiete“ (dort wo viele arme Menschen und Migranten leben), die zeigen, dass sich an der schlechten Lebenssituation der Menschen in diesen Vierteln seit Jahren absolut nichts geändert hat. Zu diesen Gebieten zählen im Hamburger Osten neben Mümmelmannsberg und dem Quartier um die Merkenstraße auch Billstedt-Zentrum. In genau diesem Gebiet sollen die Menschen jetzt fürs Parken tiefer in die Taschen greifen. Warum? Die Bonzen wollen unter anderem genau den Bereich in Billstedt „umgestalten“, in dem die Stadt künftig an abgestellten Autos Geld verdient. Der Bereich rund um den Bahnhof und das Einkaufszentrum soll als „lebendiger Mittelpunkt von Billstedt-Horn“ aus dem Arbeiterviertel einen profitableren Stadtteil machen. Das Zentrum wird aufgehübscht - u.a. soll der Marktplatz verschönert werden, um diesen für Menschen mit dickerem Portemonnaie attraktiver zu machen. Die neu gewonnenen Parkplätze passen der Stadt ganz wunderbar in ihre Pläne zum Wohnungsbau im Stadtteil. Auch diese erstrecken sich um das Billstedter Zentrum. Dazu schreibt die Stadt in ihrem „Integrierten Entwicklungskonzept Billstedt-Horn (2016)“: *„Wohnungsneubau ist ein wichtiger Baustein einer Strategie zur Stabilisierung und Stärkung von Stadtteilen, indem neue Bewohnergruppen und stabilisierende Milieus angesprochen werden.“*

Es ist also explizit das Ziel der Stadtplaner, ein ganz anderes Klientel in den Stadtteil zu bringen. Ein „stabilisierendes Milieu“, was genug verdient, um sich die teuren Wohnungen leisten zu können; das in der Statistik besser abschneidet, das es bequem hat in dieser Gesellschaft und der Stadt deshalb keine Probleme macht. Was die „Aufwertung“ der Herrschenden bedeutet: das Proletariat wird aus den Vierteln verjagt und Besserverdienende und Studenten reingeholt, um mehr Profite zu machen und um zu verhindern, dass sich „Chettos“ bilden, in den denen nur Arme wohnen, die jeden Grund zum kämpfen haben. Doch davon ist nicht nur Billstedt betroffen, es gibt Aufwertungspläne für den gesamten Hamburger Osten, die in anderen Stadtteilen teilweise auch schon umgesetzt werden.



Während diese Pläne bereits veröffentlicht sind, verkaufen die Herrschenden die „Parkraumbewirtschaftung“ als eine gute Sache, die allen nützt: Sie sprechen davon, dass das besser für die Umwelt sei, wenn weniger Menschen einen Parkplatz suchen, dass es gegen den Stress hilft, der bei der Parkplatzsuche entsteht. Dass diese Vorteile entstehen, weil sich durch die Gebühren weniger Menschen einen Parkplatz leisten können, erwähnen sie nur am Rande - auch das sei eine gute Sache, dann gibt es wieder mehr freie Parkplätze. Das ist die Strategie für den Parkraumangel, der in einer Befragung der Anwohner festgestellt wurde: Parkplätze nur noch für die, die sich diese zusätzliche Ausgabe leisten können. Auch dass die Gebühren gestaffelt immer teurer werden und sich die Preise in ganz Hamburg angleichen sollen



oben: Zonen Bewohnerparken Billstedt  
unten: Sanierungsgebiet Billstedt-Zentrum

(dann zahlt man für einen Parkplatz in Billstedt so viel wie für einen Parkplatz in der Innenstadt), findet man nur im Kleingedruckten. Derweil rühmt sich die Stadt damit, dass die durchschnittlichen Parkgebühren in Hamburg noch nicht ganz so teuer sind wie die in Berlin oder München. Da die Herrschenden wissen, dass die Massen ihnen nicht einfach so das Geld in den Rachen schieben werden, sind die Konditionierungsmaßnahmen gleich mitgedacht: „Für die Verbesserung der Zahlungs- und Parkmoral [ist unter anderem] die Intensivierung der Parkraumüberwachung [wichtig], woraus sich eine erhöhte Gebührengerechtigkeit und eine Steigerung der bisher nur unzureichend ausgeschöpften Gebühreneinnahmen von gebührenpflichtigen Parkständen ergeben.“ Für die Menschen aus den Viertel ist jeder gebührenfreie Parkplatz ein Glücksfall, für die Stadt ist jeder gebührenfreie Parkplatz Einnahmenverlust, auch wenn das nicht die Hauptsache für den Staat ist.

Der Staat versucht durch solche Zwangsmaßnahmen, die zunächst als kleinere Veränderungen erscheinen, die angeblich gut für alle sein sollen, auf die Umgestaltung der Stadtrandgebiete, der Arbeiterviertel, vorzubereiten. Er mischt sich nicht nur ein, weil er in den „Problemvierteln“ seine Finger im Spiel haben will, sondern auch weil er aus den Arbeitervierteln mehr Profite rauspressen will, indem er sie für Besserverdiener attraktiver macht. Den Herrschenden geht es nicht um die Luftverpestung bei der Parkplatzsuche oder darum, der Arbeiterklasse besseren Wohnraum zu geben. Was sie interessiert, ist auf der einen Seite das Geld, aber was ihnen viel wichtiger ist, ist die sogenannte „soziale Durchmischung“. Sie wollen nicht, dass die Armen unter sich bleiben und sich organisieren können, um gegen das System zu kämpfen. Darum werben sie die Arbeiterviertel auf und bringen die Studenten und Besserverdiener rein. Es soll nicht zu solchen Situationen kommen wie zum Beispiel in den Vororten in Frankreich im Jahr 2005, wo es wochenlange Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern der Arbeiterviertel und der Polizei gab. •

## SPALTUNG UND SCHIKANE DER ARBEITERKLASSE IM CALL-CENTER

Unsere Klasse hat viele Probleme. Klar, das ist was der Imperialismus für uns mit sich bringt. Eines davon ist für viele der niedrige Lohn, der uns für unsere harte Arbeit vom Chef am Ende des Monats ausgezahlt wird. Ein anderes ist die ganze Schikane und Spaltung, die auf der Arbeit häufig auf der Tagesordnung stehen. Wir wissen, dass diese Probleme keine besonderen Bremer Probleme sind. Es sind Probleme, die es überall gibt. Wir haben in Bremen einen Kollegen aus einem Call-Center getroffen, welcher uns von den Missständen bei ihm auf der Arbeit erzählt hat. Das Call-Center arbeitet mit unterschiedlichen Firmen zusammen und erledigt den Kundenkontakt sowie die Abwicklung von Reklamation. Je nach Kunde, also je nach Auftrag, bekommen die Arbeiter unterschiedlich viel Lohn. Man hat nicht in der Hand, wo man landet, und so kann es auch mal passieren, dass man unter das bisherige Lohnniveau absinken kann.

Für ihre Arbeit an diesem Projekt bekommen die Kollegen als Grundlohn weniger als den Mindestlohn! Die Chefs versuchen es damit zu rechtfertigen, dass man sich Provisionen erarbeiten und so darüber hinaus verdienen kann. Doch die Zahlung des Mindestlohns - das haben sich die Herrschenden doch selbst auf die Fahne geschrieben - ist verpflichtend. Das heißt, die Agentur hält sich nicht mal an diese Regel! Das Machtverhältnis wird hier uns Arbeitern gegenüber immer wieder klar gestellt, und sie versuchen, uns an der kurzen Leine zu halten. Nützliche Untertanen sollen wir sein, die für jeden Krümel dankbar sind. Aber wehe, man lässt auf der Arbeit einen Kugelschreiber mitgehen oder loggt sich trotz attestierter Krankheit 15 Minuten zu spät ein! Man kann auch trotz attestierter Krankheit für unangemeldetes Fernbleiben abgemahnt werden. Alles schon vorgekommen. Das kann seitens der Ausbeuter schon als Diebstahl / Betrugsversuch gewertet werden - das „Vertrauensverhältnis“ sei „zerstört“. Aber wenn es um die einzige Ware geht, die wir anzubieten haben - unsere Arbeitskraft - wird das nicht so genau genommen! Sich juristisch dagegen zu wehren ist mühselig. Neben einem Vollzeitjob und anderen Verpflichtungen noch zum Anwalt gehen; hoffen, dass man sich einen leisten kann? Ohne zu wissen, ob man überhaupt gewinnt?

Im Arbeitsrecht bekommt man keinen Anwalt gestellt. Man muss den Anwalt bezahlen, egal ob man gewinnt oder verliert. Sollte man gewinnen, muss man die Kosten nachher von der eingeklagten Summe bestreiten. Wurde einem Unternehmen im Prozess der Diebstahl / Betrug uns gegenüber festgestellt, gibt es maximal, im Falle einer Sammelklage vieler Arbeiter gegen das Unternehmen, einen Klaps auf die Finger! Keine Festnahmen, keine Hausdurchsuchungen. Das heißt, sie dürfen mit uns machen, was sie wollen. Wir dürfen da nicht halb blind hinschielern und es uns gefallen lassen. Wenn so pedantisch jeder Kugelschreiber gezählt wird, aber nicht unser Lohn, dann verstehen wir, wer hier *noch* an der Macht ist.

### Spaltung

Wie uns der Kollege berichtete, wurde er nicht genügend für das Projekt geschult und nur mangelhaft mit Zugang zu Programmen ausgestattet. Unter ständigem Zeitdruck sollen er und seine Kollegen in einem gewissen Zeitfenster die anrufenden Kunden abfertigen und dabei den Überblick zwischen mehreren Bedienmasken auf dem Bildschirm behalten. Ob man seinen Job gut erledigen kann und will, scheint nicht entscheidend zu sein. Was ist, wenn ein Kunde etwas mehr Beratung und Hilfe braucht, bis das Problem gelöst ist? Im Akkord nur fünf Minuten pro Kunden und dann weiter zum nächsten, ansonsten bekommt man eine schlechte Bewertung. Das führt leider auch dazu, dass die Kollegen unter sich ausmachen müssen, dass der Laden weiterhin irgendwie läuft. Wenn ein frischer Kollege seinen Job unter diesen Voraussetzungen nicht gut hinbekommt, muss ein anderer Kollege das wieder gerade biegen. Zum Beispiel falsch abgespeicherte Datensätze mit fehlenden oder falschen Informationen. Das passiert halt, weil man nach zwei Wochen kein Profi ist. Das kann nicht funktionieren! Es gibt dann Kollegen, die fit sind und sich verantwortlich fühlen und die Fehler ausbügeln. Was durch diese Situation vermittelt wird: „Du musst härter arbeiten, weil deine Kollegen zu blöd oder zu faul sind“. Eine Endsolidarisierung also. An dieser Stelle lassen sich grundsätzlich zwei Charaktere unterscheiden. Solche, die herzensgute



Kollegen sind (auch wenn es ihnen vielleicht gar nicht bewusst ist, damit Klassencharakter zeigen; dazu gleich mehr), und solche, die sich gegen uns und dadurch gegen sich selbst stellen.

### Drangsalierung durch die Vorarbeiter

Die Telefongespräche werden aufgezeichnet und einmal pro Tag wird ein Gespräch von einem Vorarbeiter abgehört. Wenn man in dem Moment nicht top in Form war, wird einem eine mangelnde Haltung und Motivation vorgeworfen. Man kann den Rest des Tages gute Arbeit abgeliefert haben. Aber wenn dieses eine Gespräch nicht den Vorstellungen des abhörenden Vorarbeiters entspricht (Zitat des Interviewten: „Einzelherrschaft“), dann bekommt man „einen auf den Deckel“ - das teilweise vor versammelter Belegschaft. Man wird gedemütigt. Es sei denn, man ist ein Speichellecker. Dann muss die Leistung auch nicht so stimmen. Untertanen, die sich fügen, sind erwünscht. Ein Klima der Intrigen und Lästereien sorgt für Cliquesbildung. Wenn man nicht zu den Losern gehören will, muss man sich fügen. Kollegen verpetzen kann auch dienlich dazu sein. Lieber schießen als in die Schusslinie zu geraten. Vorarbeiter und Projektleiter können während der Arbeitszeit Privatkrumereien bequatschen und alle fünf Minuten eine Raucherpause nehmen. Das ist parasitär: Wenn nicht Leute, welche sie schikanieren, ernsthaft arbeiten würden, würde der Betrieb gar nicht erst funktionieren. Der Kapitalismus hat „kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose „bare Zahlung““, schreibt Karl Marx im Manifest der Kommunistischen Partei. Vom Standpunkt des Geldmachens ist das Verhalten dieser Vorarbeiter also sogar schädlich. Das ist doch eigentlich das, worauf sich vertraglich geeinigt wird. Das, was man auf der Arbeit macht, damit man sich ein Dach über dem Kopf leisten kann.

Müssen sich Arbeiter untereinander etwas so rückschrittliches antun, wie mit persönlichen Machtbeziehungen Untertanen halten, die bloß nicht auch noch in die Schusslinie von Mobbing geraten wollen? Nein! Wir haben die Wahl und wir entscheiden uns für den Fortschritt! Nicht jeder Arbeiter mit mehr Verantwortung, Projektleiter oder Vorarbeiter ist genau so drauf. Wie geschrieben gibt es auch fitte, korrekte Kollegen, welche die Haltung an den Tag legen, dass man den Arbeitsauftrag

zusammen hinkriegt und verstehen, dass man nicht faul oder blöd ist, wenn man nach zwei Wochen Betriebszugehörigkeit noch Fehler macht. Ein gemeinschaftliches Denken also, dass man das zusammen hinkriegt. An diesen Kollegen sollte man sich ein Beispiel nehmen.

### Die Ausbeuter reiben sich die Hände

Hier profitieren die, die ganz oben in der Nahrungskette stehen davon, dass die Arbeiter sich untereinander in die Haare kriegen. Als vereinte Arbeiterklasse, welche das feindliche, ausbeuterische Interesse uns gegenüber erkennt, sollen wir nicht sein. Wir werden mit mangelnder Vorbereitung auf unseren Posten geschickt. Es interessiert nicht, ob der Arbeitsaufwand überhaupt zu bewältigen ist. Wenn Sachen schief laufen, müssen die etwas fitteren, welche sich verantwortlich fühlen, die Fehler der Arbeitskollegen ausbügeln, was zu Frustration und Entsolidarisierung unter den Kollegen führt. An dieser Stelle muss man verstehen, dass wir als Klasse zusammen stark sind. Das man sich nicht vorgaukeln lassen darf, dass der Kollege, der nach zwei Wochen noch kein Profi ist, ein saules Schwein ist. Derjenige, der uns in die Lage drängt, mit ganz mageren Mitteln Wunderwerke zu schaffen, ist der Feind. Auch die besser gestellten Kollegen müssen sich unbedingt überlegen, ob es eine gute Idee ist, sich gegen die eigenen Leute zu stellen und sich dann doch darüber aufzuregen, dass alles immer so bleibt, wie es ist. Das ist inkonsequent! Dieses unsolidarische Verhalten trägt doch mit dazu bei! Wer solche Kollegen hat, braucht keine Ausbeuter mehr! Man hat die Wahl, sich mit den Kollegen zu vereinen und für den Fortschritt einzustehen.

Die beschriebenen Situationen und Phänomene kommen nicht nur in diesem Call-Center vor, sondern auch in anderen Betrieben. So ist das in der Diktatur der Bourgeoisie! Das wird aber nicht immer so bleiben! Denn es verstehen immer mehr Leute, dass wir als Klasse vereint unschlagbar sind. Wie lange werden wir uns noch vom Wahlzirkus und kümmerlichen Krümeln hinhalten lassen! Die Arbeiter müssen sich vereinen, sich treffen und sich organisieren. Die Kollegen müssen sich gegenseitig unter die Arme zu greifen und verstehen: Das sind meine Verbündeten im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung!•

## JUGEND OHNE VERTRAUEN

Eine aktuelle Studie befasste sich vor kurzem mit den Ängsten und Prioritäten von Jugendlichen in der BRD. Während sich die Prioritäten der Jugendlichen, wie z.B. soziale Kontakte, nicht großartig von vorangegangenen Studien aus den letzten Jahren unterscheiden, gibt es bei den Ängsten einige Unterschiede. Viele Jugendliche haben vor allem Angst vor dem Klimawandel, aber auch vor steigender Ausländerfeindlichkeit. Ein Ergebnis, das in diesen Zeiten wenig überraschend ist. Schließlich bekommen wohl die meisten von uns täglich irgendwelche Pop-Up-Benachrichtigungen mit chauvinistischen Hetzschlagzeilen auf ihr Handy, die uns weismachen sollen, wie kriminell und schrecklich die Ausländer doch seien. Von dem, was so jeden Tag in der Bildzeitung steht, mal ganz zu Schweigen. Und warum Menschen - vor allem junge Menschen - sich Sorgen um das Klima machen, ist in diesen Zeiten wohl ziemlich selbsterklärend. Außerdem geht aus der Studie hervor, dass sich etwa zwei Drittel der Jugendlichen in der BRD nicht mehr von der „Politik“ vertreten fühlen und somit kein Vertrauen mehr in die bürgerliche Demokratie haben. Etwa zwei Drittel ist eine enorme und beachtliche Zahl. Doch besonders verwunderlich ist sie eigentlich nicht. Denn diese Tendenz ist alles andere als neu und zeigt sich nicht nur bei den Jugendlichen in der BRD. Denn seit Jahrzehnten, bzw. seit der Gründung der BRD, sinkt die Zustimmung für die bürgerliche Demokratie und den Parlamentarismus. Bis auf ein paar kleine Hochs, sinkt die Beteiligung an den bürgerlichen Wahlen tendenziell. Und auch wenn die Herrschenden mit den bisher in diesem Jahr stattgefundenen Landtagswahlen in Bremen, Sachsen, Brandenburg, Thüringen und mit der Europawahl einen kleinen Erfolg in Bezug auf die Wahlbeteiligung konstatieren konnten, ist die

Tendenz nicht zu leugnen. Und genau diese Tendenz ist ein Riesenproblem für die Herrschenden. Denn für ihre parlamentarische Demokratie brauchen sie Wahlen. Und für Wahlen brauchen sie Leute, die wählen gehen. Also im Klartext brauchen sie die Massen. Doch es ist gar nicht so einfach, die Massen dazu zu kriegen, wählen zu gehen, wenn man eine bürgerliche Partei ist, die die Massen schon seit Jahren - teilweise seit etwa einem Jahrhundert - verarscht und enttäuscht hat.

An dieser Stelle kommt Fridays for Future ins Spiel - die „Jugendklimabewegung“, die seit mittlerweile über einem Jahr fast jeden Freitag auf die Straße geht. Und die Bewegung hat es durchaus geschafft, viele auf die Straße zu mobilisieren. Doch bereits seitdem die Bewegung in den Kinderschuhen steckt, sind hauptsächlich Jugendliche und Schüler, die aus besseren Verhältnissen kommen, und andere Gymnasiasten auf die Straße gegangen. Die Chefin der Bewegung in Deutschland ist eine junge Frau, die den Grünen angehört. Die Bewegung in der BRD steht unter der Führung der Grünen Partei. Und das auch nicht erst seit gestern. Denn der ganze Zweck der FridaysforFuture-Bewegung ist und war es von Anfang an, der Jugend eine Protestbewegung zu geben, die vermeintlich etwas verändert. Eine Bewegung, die genau diese Ängste der Jugend auffangen und einen Weg bieten soll, diese Ängste zu überwinden, aber vor allem soll sie die Jugendlichen wieder in dieses System zurückführen. Das heißt, die Herrschenden haben den Jugendlichen eine Bewegung gegeben, die diesem System nicht schadet - die sie als rebellisch verkaufen, die aber gleichzeitig friedlich ist und sogar mit der Polizei zusammenarbeitet. Doch mal ernsthaft. Wie rebellisch und revolutionär kann diese Bewegung sein? Eine





Bewegung, dessen Führung, wohlgernekt bei einer bürgerlichen Partei liegt, die eine bestimmte Fraktion der herrschenden Klasse in diesem Land vertritt. Eine Bewegung, die die Jugend an die Hand nehmen soll, um sie in dieses System zurück zu zerren.

So ist es wichtig, diese Bewegung tatsächlich zu analysieren und ihren wahren Klassencharakter aufzudecken. Denn wir müssen klarhaben, wem eine Bewegung wie Fridays for Future letztlich dient. Nichtsdestotrotz ist die Forderung nach Klimaschutz selbstverständlich gerechtfertigt. Wir wollen niemanden denunzieren, er sich an den Demonstrationen beteiligt. Was wir sehen müssen und was sich eben seit dem Start der Bewegung deutlich gezeigt hat, ist, dass die Jugend für etwas kämpfen will. Dass die Jugend Veränderung will und fordert. Die Unzufriedenheit der Jugendlichen konnte mit alledem zwar etwas beschwichtigt werden, aber nicht effektiv bekämpft werden. Die Jugend hat nach wie vor kein Vertrauen in dieses System. Das zeigt uns auch die besagte Studie, die eben erst ein paar Wochen alt ist. Und auch wenn an den diesjährigen Wahlen ein kleiner Erfolg für die Herrschenden abzulesen ist, sehen wir in der Hauptsache die nach wie vor nicht besonders prallen Zahlen zur Wahlbeteiligung. Bei allen fünf stattgefundenen Wahlen hat sich die Beteiligung im Vergleich zu den letzten Jahren gesteigert, so zuletzt auch in Thüringen Ende Oktober. Bei allen Wahlen lag die Beteiligung zwischen 60 und 65 Prozent und

ist somit um 10-15 Prozent gestiegen. Doch besonders gut sind diese 60-65 Prozent nicht. Die Nichtwähler waren bei jeder der Wahlen nach wie vor die mit Abstand stärkste Kraft, und gerade auch bei den Jugendlichen traf dies zu. Und das spricht eine deutliche Sprache. So schaffen es die Herrschenden mit ihren Maßnahmen nicht mehr, dieses immer weiter verrottende System zu retten. Sie können dieses System, den Imperialismus und die parlamentarische Demokratie, nur noch künstlich beatmen, aber es ist nur eine Frage der Zeit, bis jemand den Stecker zieht.

Die Jugend will kämpfen. Und große Teile der Jugend wissen, dass dieses System die Probleme, die sie sehen, nicht mehr lösen kann und wird. Und gleichzeitig können die Herrschenden die Massen nicht auf ewig beschwichtigen und zurückhalten. Denn um welchen Preis haben sie in diesem Jahr wieder an Zustimmung gewonnen? Was haben sie getan, um die Wahlbeteiligung wieder zu steigern? Wieder einmal ein Haufen leere Versprechungen, die sie nicht halten können. Das bedeutet, was sie jetzt gewonnen haben, wird in nicht allzu langer Zeit wieder verloren sein. Doch was es dann braucht ist eine Partei, die sich tatsächlich gegen das stellt, was der Jugend laut der Statistik Sorgen bereitet. Es braucht eine Kommunistische Partei, die einen tatsächlichen Kampf führt, sich nicht von den Herrschenden beschwichtigen lässt, sich in ihrem Kern von allen bürgerlichen Parteien unterscheidet und dieses System zerschlägt, um das Neue zu schaffen, anstatt weiter auf dem Alten zu beharren. •



*Fridays for Future Demonstration*

# FRAUEN

---

## DAS GESCHÄFT MIT UNS FRAUEN

Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns hier in der RoPo mit dem Thema Prostitution auseinandersetzen. Und mit Sicherheit wird es auch nicht das letzte Mal sein. Denn Prostitution ist für einige, wenn auch im Verhältnis nur wenige Frauen von uns ein enormes Problem. Ein Problem, das jedoch häufig nicht in dem Ausmaß gesehen und schon gar nicht dargestellt wird, in dem es nun mal existiert. Und das auch hier in der BRD, wo doch angeblich alles nach Recht und Ordnung zugeht. Fakt ist, das, was viele über Prostitution glauben, bzw. was viele über Prostitution glauben wollen, aber auch das, was uns über Prostitution verklickert wird, ist nichts anderes als ein riesengroßes Zerrbild der Realität. Und jeder der etwas anderes behauptet hat wahrscheinlich noch nie mit einer Prostituierten gesprochen, die im Hamburger Stadtteil St. Georg, in der Bremer Helenenstraße, auf dem Straßenstrich in der Berliner Kurfürstenstraße oder anderorts in der BRD tagtäglich zum Sex gezwungen wird. Und Deutschland ist nicht einfach nur ein Land, in dem es eben auch so ein bisschen Prostitution gibt. Es ist nicht einfach: Hier mal ein kleiner Puff und da mal so ein Gebäude wo täglich etliche Typen ein- und ausgehen. Nein, ganz im Gegenteil. Im Endeffekt ist Deutschland das reinste Paradies für das Geschäft mit uns Frauen und den langen Rattenschwanz, den dieses Geschäft nach sich zieht. Und die Grundlage dafür hat sich der deutsche Staat selbst gelegt. Denn die BRD hat eine extrem lockere Gesetzgebung zur Prostitution, eine der lockersten Gesetzgebungen in ganz Europa. Eine Gesetzgebung, die eben genau das alles zulässt, was passiert. Das Prostitutionsgesetz wurde im Jahr 2002 beschlossen und hatte das angebliche Ziel, die Kriminalität zu verdrängen und die Bedingungen für die Frauen zu verbessern. Außerdem legt das Gesetz fest, dass Prostitution eine einfache Dienstleistung und somit ein ganz normaler Job ist. Prostitution steht laut den Herrschenden seit 2002 also in einer Reihe mit Jobs wie Paketbote, Leiharbeiter usw. Seit der Legalisierung von Prostitution und den Gesetzen von 2002 entstehen immer und immer mehr Bordelle. Und gleichzeitig steigt die Zahl der Prostituierten stetig an. Und das alles, obwohl bereits fünf Jahre nach der Einführung des Gesetzes

durch eine Prüfung klar wurde, dass das Gesetz in keinem der angestrebten Punkte Verbesserungen bringen konnte. Stattdessen spielte das Gesetz den Zuhältern, Menschenhändlern und der organisierten Kriminalität in die Karten, alles wurde nur noch schlimmer für die Frauen und die Fälle stiegen Jahr für Jahr an. Offizielle Zahlen, die es für so gut wie jeden Quatsch hier in der BRD gibt, gibt es in Sachen Prostitution aber nicht. Keiner weiß, wie viele Frauen in der BRD tatsächlich prostituiert sind oder wie viele Bordelle es überhaupt gibt. Schätzungen zufolge belaufen sich die Zahlen von Prostituierten auf bis zu einer Million. Und diese hohen Zahlen kommen nicht dadurch zustande, dass sich so viele Frauen hier in Deutschland dazu entscheiden, Prostituierte zu werden. Ganz im Gegenteil. Denn eines der größten und schwerwiegendsten Dinge, die die Prostitution mit sich bringt, ist der Menschenhandel. Die meisten kommen nach wie vor aus südosteuropäischen Ländern wie Rumänien oder Bulgarien. Doch auch die Zahl von Frauen, die aus der BRD kommen und Opfer vom Menschenhandel werden, steigt an. Besonders erschreckend ist, dass die Zahl von Minderjährigen, mit denen gehandelt wird, extrem ansteigt - ca. jede Fünfte war im Jahr 2015 noch jünger als 18 Jahre. Ebenfalls im Jahr 2015 wurden 416 Fälle von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung offengelegt. Die Dunkelziffer, also die Anzahl der nicht aufgeklärten Fälle, ist um ein Vielfaches höher. Insgesamt werden in der EU mit dem Geschäft mit dem Mensch und in der Hauptsache mit uns Frauen rund 25 Milliarden Euro jährlich umgesetzt. Zahlen, die uns noch einmal ganz deutlich machen, was Prostitution eigentlich ist und was sie für die Frauen mit sich bringt.

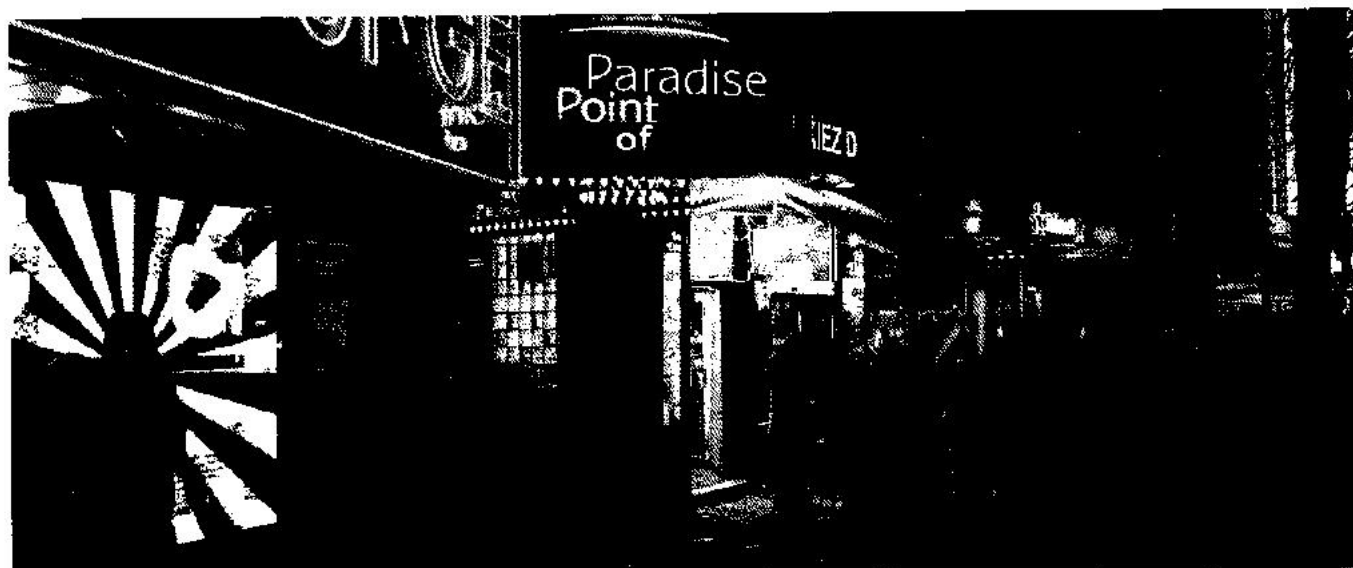
Auch wenn wir unsere Leser eigentlich nicht mit Zahlen überschütten wollen, können wir uns diese folgenden Zahlen einfach nicht verschweigen. Denn psychische Folgen haben die Ausbeutung, die Gewalt, der Ekel und alles andere was die Frauen tagtäglich erfahren und aushalten müssen, selbstverständlich auch. Und das in einem enormen Ausmaß. Denn laut Studien weisen die Frauen, die prostituiert waren oder sind, in 70 Prozent der Fälle Symptome einer



posttraumatischen Belastungsstörung auf. Diese psychische Krankheit ist sonst häufig bei Folteropfern oder Menschen, die im Krieg waren, zu finden. Doch bei den Prostituierten kommt die Krankheit in knapp 70 Prozent der Fälle vor. Das ist doppelt so viel wie bei den Menschen, die in Kriegsgebieten waren. Außerdem werden Prostituierte 18 mal so häufig wie nicht-prostituierte Frauen ermordet. Zahlen die zeigen, was Prostitution wirklich ist. Und im Jahre 2014 beschloss sogar das Europäische Parlament, dass Prostitution - ob legal oder illegal - eine Verletzung der Menschenrechte bedeute. Dabei wird in der Hauptsache die BRD von Politikern aus anderen Ländern in die Mangel genommen und kritisiert. Wir wollen uns weder auf die Seite Anderer des Europäischen Parlaments stellen, noch sind wir Verfechter ihrer „Menschenrechte“. Doch wenn sogar andere bürgerliche Staaten, Parteien, Politiker oder Institutionen die BRD für die schlechten Zustände kritisieren und sich dabei auf die Menschenrechte berufen, dann muss die Situation schon extrem schlecht sein. Doch die Forderungen des Europäischen Parlaments an Deutschland, etwas gegen die Prostitution zu tun, stoßen hierzulande auf Widerstand. Zum einen wehren sich Lobbyverbände, die angeblich die Interessen der Frauen, als auch die Interessen der Zuhälter und Bordellbetreiber vertreten sollen. Wie sie das beides unter einen Hut

kriegen wollen, ist uns schleierhaft. Zum anderen wehrt sich das Familienministerium und argumentiert damit, dass die Prostitution mit einem Verbot weiter stattfinden würde und sich dazu noch ins Verborgene verlagern würde. Eine völlig absurde Argumentation, mit denen sie all das verleugnen, was in der BRD seit 2002 und seit der Legalisierung der Prostitution stattgefunden hat.

Was wir sehen ist im Endeffekt, wie der deutsche Staat BRD die Prostitution in Deutschland mit aufgebaut und Hand in Hand mit der organisieren Kriminalität dafür die Situation herbeigeführt hat, in der heute viele Frauen stecken. Eine Situation, die die wohl stärksten und widerwärtigsten Seiten des Patriarchats offenlegt. Aber vor allem eine Situation, die uns Frauen zeigt, dass wir uns wehren müssen und einen organisierten Kampf gegen das Patriarchat und gegen diesen System, gegen den Imperialismus führen müssen. Denn die Herrschenden sind diejenigen, die Millionen Frauen in diese Situation gebracht haben. Diejenigen, die ganz sicher nicht auf unserer Seite stehen. Es liegt an uns Frauen, uns zu organisieren und das Patriarchat mitsamt seiner Grundlage, dem Privateigentum, zu zerschlagen, damit die Frauen auf der ganzen Welt einer solchen Erniedrigung wie der Prostitution nicht mehr ausgesetzt sind. •



Bordell in Hamburg

## KRIEGSPROPAGANDA IN „COOL“

Seit einigen Wochen läuft nun auf YouTube die neue Serie der Bundeswehr. Nach der Serie „Die Rekruten“, der Serie über die deutschen Imperialisten in Mali, und der über das KSK (Kommando Spezialkräfte), kam nun mit „Die Rekrutinnen“ die vierte Propagandaserie. Im Großen und Ganzen ist alles recht ähnlich. Vor allem „die Rekruten“ und eben „Die Rekrutinnen“. Einige junge Rekruten, also Ausbildungsanfänger, werden dabei begleitet, wie sie ihre Grundausbildung bei der Bundeswehr absolvieren. Der Unterschied liegt darin, dass bei „Die Rekrutinnen“, so wie der Name schon vermuten lässt, mehr Wert auf junge Frauen gelegt wird, die zur Bundeswehr gehen. Es geht hauptsächlich um vier junge Frauen, die ganz frisch in der Bayrischen Bundeswehrkaserne in Roth bei Nürnberg angekommen sind und ab jetzt für die nächsten Monate ständig mit der Kamera begleitet werden. Vermeintlich alles, was bei der Bundeswehr so abgeht, wird gezeigt - Sport, Essen, Disziplin, Unterricht, und natürlich auch der Umgang mit der Waffe. Aber scheinbar ist alles nicht so ernst. Auch wenn alles irgendwie anstrengend und manchmal nervig ist, hat jederzeit einer einen lustigen Spruch auf den Lippen, und das Ganze hat so eine Friede-Freude-Eierkuchen-Atmosphäre. So scheint es jedenfalls. Davon, dass man eigentlich gerade bei der Armee eines Imperialistischen Landes ist, das überall auf der Welt Kriege führt, und man die imperialistischen Interessen von einem der größten Völkermörder der Welt mit der Waffe in der Hand durchsetzt, ist natürlich keine Spur zu finden.

Aber erst einmal soll es in der Serie ja um die jungen Frauen gehen. Frauen, die ganz normal wie Männer eben auch Soldaten werden sollen und können. Erstmal nicht so falsch. Frauen können genauso wie auch Männer in einer Armee mit der Waffe in der Hand kämpfen. Das haben uns etliche große Kämpferinnen in den Armeen sozialistischer Staaten, Kommunistischer Parteien, oder Partisaninnen eindrücklich bewiesen. Doch trotzdem geht es bei dem ganzen Projekt nicht darum, das Patriarchat zu bekämpfen. Doch die Rekrutinnen selbst sind

immer wieder mit dem Patriarchat konfrontiert. Allein wenn man sich die Kommentare der Videos auf YouTube durchliest, bemerkt man, was viele - auch alte - Bundeswehrsoldaten, die kommentieren, davon halten, dass Frauen jetzt auch dienen. Um das vorwegzunehmen - nicht besonders viel. Doch trotzdem ist die Serie in den YouTube-Trends ganz weit oben. Geschichtlich gesehen haben Frauen in den Armeen der Imperialisten und ihrer Lakaien nie eine besondere Rolle gespielt. Doch in Zeiten wie diesen, also in Zeiten der kontinuierlichen Aufrüstung der Streitkräfte der Imperialisten, ist vermutlich jeder und auch jede zu gebrauchen. Und hinzu kommt noch das Imageproblem der Bundeswehr, bzw. des ganzen deutschen Staates, das sich die letzten Jahre entwickelt hat. Kein Wunder bei den ganzen Skandalen mit Nazis in der höchsten Bundeswehreinheit KSK; Nazis, die Putsche innerhalb der Bundeswehr planen oder Bundeswehrazis, die Alkoholexzesse mit Prostituierten und Hitlergrüßen feiern. Also irgendwie gibt es wohl ein „Problem“ mit Nazis bei den deutschen Streitkräften, so wie in allen anderen Institutionen des Staates. Schlecht fürs Image auf jeden Fall, also gibt es Handlungsbedarf. Und dieses Imageproblem und der daraus folgende Handlungsbedarf erklärt die große Propagandakampagne der Bundeswehr. Ein Haufen Geld, was auf einmal in Propaganda investiert wurde. Denn die Bundeswehr erhöhte den Etat für Werbung im letzten Jahr auf eine Rekordsumme von über 35 Millionen Euro. Nach eigenen Angaben, weil es an neuen Bewerbern mangelt. Und diese Etaterhöhung war wirklich kaum zu übersehen. Eine große Anzahl Werbetafeln in der ganzen BRD war mit Bundeswehr Propaganda beklebt. Des Weiteren war die Bundeswehr letztes Jahr auf 1890 Messen zu finden wo Jugendliche rekrutiert werden sollten. Sogar auf der größten deutschen Videospielemesse Gamescom gab es einen Stand der Bundeswehr. Hier konnte man mittels Virtual Reality-Brille direkt in den Krieg in Syrien eintauchen. Alles wie im normalen Ballerspiel. Nur zur Erinnerung: Nach dem faschistischen Terror in Halle, über den wir in der letzten Ausgabe schon berichtet haben, forderten



*Die Superheldenserie des deutschen Imperialismus*

der Innenminister und Konsorten, die Gamerszene stärker überwachen zu lassen.

Und jetzt ist eben schon die vierte Serie auf YouTube angelaufen, die ebenso genau das alles zeigt. Im Endeffekt ist es mittlerweile fast schon normal, dass die deutsche Armee so ziemlich überall im alltäglichen Leben präsent ist.

Genau das ist auch das, was die Herrschenden mit ihrer Propaganda erreichen wollen. Normalität schaffen. Die Armee soll vom Volk als etwas völlig Normales und Alltägliches gesehen werden. Und genau diesem Zweck dient auch die neue YouTube-Serie. Denn an dieser Stelle können sie nach traditioneller ironischer YouTube-Manier eine Serie über die Armee des deutschen Staates platzieren. So ist die von uns schon eingangs benannte

Friede-Freude-Eierkuchen-Atmosphäre weder ein Zufall, noch die Realität bei der Bundeswehr. Sie ist nichts anderes als ein Stilmittel, das eingesetzt wird, um den imperialistischen Krieg und die imperialistische deutsche Armee als etwas völlig Normales darzustellen.

So sehen wir, wie der bürgerliche Staat kulturelle Dinge wie Serien, Videospiele oder eben auch Plakate für seine eigenen Zwecke missbraucht. Er schafft zum einen eine gewisse Normalität, vor allem durch die hohe Quantität seiner Propaganda, und zum anderen nutzt er gewisse Mittel, um die eigentliche Realität, in diesem Fall die Realität bei der Bundeswehr, in ein angenehmeres Licht zu rücken. Doch all diese Dinge dienen absolut nicht uns, der Arbeiterklasse und den breiten Volksmassen. All diese Dinge dienen ausschließlich den Herrschenden und diesem System. •





---

# DEMVOLKEDIENEN.ORG

*Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.*

KONTAKT:  
ROTEPOST@GMX.DE

## TERMINE IM DEZEMBER

Bremen:  
Jeden Mittwoch  
Café Rebellion, BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
geöffnet ab 17 Uhr

Hamburg:  
06.12., 20.12. Kneipe | 14.12. Soliparty  
vom Roten Frauenkomitee Hamburg, Sauerkrautfabrik (Harburg)  
geöffnet ab 18 Uhr

